



ROTER Akzent

Information des SPD-Ortsvereins Ursensollen

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger!

An alle Haushalte

Am 26. Mai dieses Jahres sind wieder Wahlen zum Europa-Parlament.

Viele werden sich wohl sagen: „Na das geht uns doch nichts an!“ oder auch „Die kümmern sich doch nur um die Krümmung von Gurken und Bananen“. Aber es geht dabei auch um Regeln, deren es in einer großen Gemeinschaft bedarf und die letztlich von Verbänden eingefordert wurden. Es ist der geringe Teil der vielfältigen Arbeit des Europaparlaments, der in Diskussionen aber oft besonders hervorgehoben wird. Eventuell lag der Schwerpunkt der Arbeit im Parlament in der Vergangenheit auch zu stark auf wirtschaftlichen Interessen. Viel wichtiger ist aber, dass wir – als Bürger und Bürgerinnen in unserer Gemeinde – von dieser großen Gemeinschaft einen nicht unerheblichen Nutzen haben. Ein besonders erwähnenswerter Punkt ist dabei der Erfolg, zum Wahlzeitpunkt 75 Jahre lang keinen Krieg in unserem Land gehabt zu haben.



Das ist doch wahrlich ein Grund zur Freude! Ein Zusammenschluss zu einer Gemeinschaft bringt mehr Gewicht bei Entscheidungen auf höheren Ebenen. Von einer Aufspaltung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA), einem ähnlichen Bündnis von Staaten mit ca. 327 Mio. Einwohnern, hört man beispielsweise nichts. Die Europäische Union (EU) mit 746 Millionen (falls Großbritanniens Brexit zum Tragen kommen sollte, immerhin noch eine Ver-

tretung für 680 Millionen Einwohner) ist damit auf jeden Fall gewichtiger als Deutschland allein (81 Millionen Einwohner). Die EU fördert viele Programme (z.B. Kultur, Forschungseinrichtungen, regionale Entwicklungen, Betriebe, Bildungseinrichtungen oder Landwirtschaft). Über 94 Prozent des EU-Haushalts kommen den Bürgerinnen und Bürgern, Regionen, Kommunen, Landwirten und Unternehmen in der EU zugute. Ismail Ertug, Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP), gibt Ihnen in dieser Ausgabe noch weitere Informationen zur Europäischen Union. Ich würde mich freuen, wenn ich anregen konnte, nun doch zu dieser wichtigen Wahl zu gehen, um damit auch den Fortbestand unserer Demokratie in Europa zu stützen.

Herzlichst Ihr
Michael Rischke

SPD-Kreisrat und
SPD-Ortsvereinsvorsitzender

SPD im Bund

Beispiele dafür, was 2018/2019 auf den Weg gebracht wurde

Eine-für-alle-Klage (1.11.2018). Die neue „Musterklage“ von Bundesjustizministerin **Katarina Barley** ist ein Meilenstein im Verbraucherschutzrecht. Verbraucher und Verbraucherinnen können ihr Recht gegenüber Konzernen einfacher und kostengünstiger vor Gericht durchsetzen. Die Verabschiedung durch das Parlament war rechtzeitig, um getäuschten VW-Autokäufern im Dieselskandal zu ihrem Recht zu verhelfen.

Krankenversicherung (1.1.2019). Beiträge werden wieder paritätisch finanziert (jeweils zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bzw. Rentnern und Rentenversicherung).

Arbeitslosenversicherung (1.1.2019). Beitrag sinkt von 3,0 auf 2,5 Prozent, also für Beschäftigte und Arbeitgeber um jeweils 0,25 Prozent.

Rente. Absinken des Rentenniveaus gestoppt. Es bleibt bei 48 Prozent stabil bis 2025. Ebenso soll die sogenannte Haltelinie dafür sorgen, dass der Rentenbeitrag, der wie bereits in 2018 derzeit bei 18,6 Prozent liegt, bis 2025 nicht über 20,0 Prozent steigt.

in auf unbegrenzte Teilzeitarbeit – Brückenteilzeit

Teilzeit- und Befristungsgesetz (1.1.2019). Menschen, die länger als sechs Monate in einem Betrieb mit mehr als 45 Mitarbeitern beschäftigt sind, können ihre Arbeitszeit für einen Zeitraum von einem Jahr bis zu fünf Jahren reduzieren und dann wieder zu der ursprünglich vereinbarten Arbeitszeit zurückkehren. Auch für dauerhaft in Teilzeit Beschäftigte

dürfte es einfacher werden, Ihre Arbeitszeit wieder zu erhöhen. Bisher existierte lediglich ein Anspruch auf unbegrenzte Teilzeitarbeit, ohne also ein entsprechendes Rückkehrrecht. Diese bis 2018 vor allem für Frauen bestehende Teilzeitfalle ist damit Vergangenheit. Für pflegende Angehörige wird es ab sofort auch einfacher, ihre Arbeitszeit für einen begrenzten Zeitraum zu reduzieren.

Gute-KiTa-Gesetz (1.1.2019). Der Bund stellt in den vier Jahren bis 2022 den Bundesländern 5,5 Mrd. Euro bereit, um weiter die Kindertagesbetreuung und die Qualität der frühen Bildung zu verbessern sowie bestehende Unterschiede zwischen den Ländern auszugleichen. Außerdem sollen Eltern bei den KiTa-Gebühren entlastet werden.

Teilhabechancengesetz (1.1.2019). Es erleichtert die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt. Arbeitgeber erhalten für sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen fünf Jahre lang einen gestaffelten Lohnzuschuss.

Kindergeld
Ab 1 Juli.2019 zehn Euro mehr im Monat pro Kind.

Entlastung von Geringverdienern (1.7.2019). Wer zwischen 450 und 1.300 € brutto verdient, zahlt verringerte Beiträge zur Sozialversicherung. Dennoch gibt es, anders als bisher, den vollen Rentenanspruch.

Grundrente statt Altersarmut.
Dazu legte Bundesarbeitsminister **Hubertus Heil** Anfang des Jahres

sein Konzept vor. Ziele sind „Anerkennung von Lebensleistung und Vermeidung von Altersarmut“ (Koalitionsvertrag). **Hubertus Heil:** „Es kann nicht sein, dass diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, im Alter zum Sozialamt gehen müssen.“ Sein Konzept zur Grundrente: Wer mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat (Erziehungs- und Pflegezeiten zählen mit), dessen Rente aber dennoch weniger als 896 € brutto beträgt, soll einen Rentenzuschlag erhalten, maximal 447 € pro Monat. Drei bis vier Millionen Menschen, schätzt der Minister, profitieren von der Grundrente, vor allem Frauen, und auch nicht nur neue Rentner. Die Finanzierung soll aus Steuermitteln erfolgen. Dies ist systemkonform, denn Vermeidung von Altersarmut ist eine Aufgabe, die die gesamte Gesellschaft tragen soll. Und auf Bedürftigkeitsprüfungen soll verzichtet werden; sie sind rentenwidrig. Schließlich würden Rentner mit Bedürftigkeitsprüfungen zu Fürsorgeempfängern. Der Gang zum Sozialamt ließe sich – nach 35 Arbeitsjahren, Erziehungs- und Pflegezeiten – auch nicht mit Anerkennung von Lebensleistung vereinbaren. Nach dem aktuellen ARD-Deutschland-Trend finden 67 Prozent der Deutschen die Pläne des Bundesarbeitsministers richtig.

Peter Moschinski

Die neue
Grundrente: Aus
Respekt vor der
Lebensleistung

SPD auch beim Ursensollener Adventsmarkt vertreten

Eine tolle Sache ist der weit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannte Adventsmarkt in Ursensollen, an dem sich viele Ursensollener Vereine beteiligen. Im letzten Jahr spielte das Wetter gut mit, so dass viele Besucher kamen. An dieser Stelle auch ein Dankeschön an die Organisatoren.
Michael Rischke



Nachbarschaftshilfe feiert Geburtstag

Zum fünften Geburtstag der Nachbarschaftshilfe Ursensollen hatten sich insgesamt 25 Helfer, die drei Bürgermeister sowie Organisatoren in der Burgschänke in Heimhof zusammengefunden. Seniorenbeauftragter und 2. Bürgermeister zeigte sich sehr stolz auf das Erreichte. Vor fünf Jahren sei der Förderantrag beim Staatsministerium eingereicht worden und keiner hätte damals gedacht, dass sich daraus etwas so Tolles entwickeln würde. Jetzt verbuchen die 25 Helfer rund 300 Einsätze im Jahr. „Und wäre die Liebe nicht, so wäre alles nichts.“ Mit diesem biblischen Spruch brachte Bürgermeister Franz Mädler den Grundgedanken der Nachbarschaftshilfe auf den Punkt: „Christliche Nächstenliebe schenken, gemeinsam in der Gemeinde an einem Strang ziehen, den Menschen Hilfe und Trost spenden, auch wenn man dabei manchmal an seine eigenen Grenzen stößt.“ Mit diesen Worten richtete der 1. Bürgermeister seinen Dank an seinen



Bürgermeisterkollegen Norbert Schmid, die stellvertretende Seniorenbeauftragte Maria Graml, die Koordinatoren Marion Graml und Anna Rautenberg, die Seniorenfachkraft Sonja Scharl, insbesondere aber an die Akteure, die uneigennützig ihre Freizeit für hilfsbedürftige Mitmenschen opfern. Danach zauberte die Koordinatorin der NBH Marion Graml einige Anekdoten der Anfangszeit „aus dem Hut“, die in einem lustigen Sketch nachgestellt wur-

-den. Marion Graml berichtete, dass sie zu Beginn des Projekts belächelt worden sei. Man schrieb dem Ganzen keine Ernsthaftigkeit zu, so Graml. „Aber ich habe gekämpft und die Entscheidung bis heute nicht bereut.“ Sie dankte allen Helfern für ihren Einsatz. Nach einem gemeinsamen Essen klang der Abend in geselliger Runde aus.

Norbert Schmid

Europa ist es wert! *

Liebe Bürgerinnen und Bürger, am Samstag, den 26. Mai diesen Jahres finden in Deutschland Europawahlen statt. [...]

Das Leben für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort besser zu machen - das ist der Leitgedanke, der die Arbeit von uns Europaabgeordneten antreibt. Hierfür lassen sich eine Menge konkreter Beispiele finden. Einige möchte ich hier nennen:

Gute Arbeit in Europa

Damit der Rückhalt für unsere europäische Staatengemeinschaft weiterhin gesichert ist, braucht es Gestaltungswillen für gute Arbeitnehmerpolitik [...] Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben in dieser Legislaturperiode dafür gesorgt, dass das Prinzip „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort*“ Gültigkeit erlangt. Elternzeit, bezahlte Vaterschaftszeit und Arbeitsbefreiung für pflegende Angehörige sind weitere Beispiele für arbeitnehmerfreundliche Europapolitik. [...] Gut bezahlte und fair gestaltete Arbeitsplätze in ganz Europa stärken den Zusammenhalt der Gemeinschaft.

Gutes Klima - saubere Umwelt

[...] Der Klimawandel zeigt zunehmend seine negativen Seiten. Um ihn einzudämmen und eine lebenswerte Umwelt auch für die Generationen nach uns zu erhalten, muss diese Problematik europäisch angegangen werden. [...] Besonders wichtig ist dabei die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben uns gegen den Widerstand der Konservativen für eine stärkere Förderung erneuerbarer Energien bei der Ener-

gieerzeugung in Europa eingesetzt. [...] Der Energiebedarf fast aller üblichen elektrischen Haushaltsgeräte ist in den vergangenen Jahren dramatisch zurückgegangen - teilweise um mehr als 80%. Das spart den Bürgerinnen und Bürgern bares Geld. [...]



Online aktiv - sicher im Netz

[...] In einem digitalen Zeitalter braucht es ein Grundrecht digitaler Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund findet die europäische Datenschutzgrundverordnung seit Mai 2018 Anwendung. [...] Datenmissbrauch, wie er etwa durch die Firma Cambridge Analytica in der jüngeren Vergangenheit betrieben wurde, ist durch die DSGVO ein Riegel vorgeschoben: Verstöße gegen den individuellen Datenschutz können ab jetzt mit bis zu 20 Millionen Euro, oder 4% des Jahresumsatzes eines Unternehmens bestraft werden. Weitere Leistungen der laufenden Legislaturperiode stellen die Initiative „Wifi4EU“ und die Abschaffung des sogenannten Geoblockings dar.

Rechtspopulismus entschieden die Stirn bieten

Es gibt zahllose Beispiele für gute politische Gestaltung durch das Europäische Parlament und die EU. Dieser Feststellung stehen leider wachsende Zustimmungswerte rechtspopulistischer und nationalistischer Bewegungen in ganz Europa entgegen. Sei es Orban in Ungarn, Strache in Österreich, Salvini in Italien, Le Pen in Frankreich oder Höcke in Deutschland. Ihnen allen gemein ist die Verachtung der europäischen Idee von Kooperation und Partnerschaft. Aber doch erst dieser Wille zur Zusammenarbeit ermöglicht uns den Wohlstand, den wir durch den gemeinsamen Binnenmarkt, die Freiheit, die wir durch offene Grenzen innerhalb der EU, und den Frieden, der noch nie so lange auf diesem Kontinent geherrscht hat, haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, dass die Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten auf europäischer Ebene keine Leistungen vorzuweisen haben. Das gilt auch für deren Vertreterinnen und Vertreter im Europäischen Parlament. Um Wohlstand, Freiheit und Frieden in Europa zu bewahren, müssen wir gemeinsam diesen rechten Brandstifterinnen und Brandstiftern mit entschlossenem Handeln die Stirn bieten. Sowohl in der Debatte als auch in der Sachpolitik. Für mich persönlich erscheint eine fortschrittliche Sozial- und Arbeitnehmerpolitik als geeignetes Mittel, diesen Leuten nachhaltig das Wasser abzugraben. Daher gilt es, diese in der nächsten Legislaturperiode voranzutreiben.

Die EU eine starke Gemeinschaft

Es gibt viele Bereiche, in denen die Europäische Union Gutes bewirkt. Sie hat die Verunglimpfung als Bürokratiemonster, das vermeintlich fernab der Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger handelt, nicht verdient. Im Gegenteil: Diente die Europäische Gemeinschaft nach dem Ende des 2. Weltkriegs vor allem der Vermeidung von Krieg in Europa, so geht ihr Anspruch heute weit darüber hinaus. Die EU befasst sich heute mit den großen und kleinen Dingen, die das Leben der Menschen in den Mitgliedstaaten besser machen. Abschließend ist aber auch klar, dass dringender Bedarf an einer sozialpolitischen Trendwende für Europa besteht. Es darf nicht nur bei einem gemeinsamen Wirtschaftsraum bleiben. Die unterschiedlichen Lebenswelten der Bürgerinnen und Bürger in Europa müssen durch eine fortschrittliche europäische Sozialagenda gestützt werden. Dann hat Europa weiterhin Erfolg und Zukunft. Als Abgeordneter im Europäischen Parlament für die Oberpfalz und Niederbayern setze ich mich Tag für Tag dafür ein, dass unsere Gemeinschaft besser und gerechter wird. Darauf könnt Ihr zählen!

Ihr Ismail Ertug
* Gekürzte Version

Verabredung mit dem „Papst“ Kinderferienprogramm des SPD Ortsvereines Ursensollen

Am 09.08.2018 startet der Bus für das Kinderferienprogramm des OV Ursensollen an der Mittelschule bei über 30 Grad. Nach einem kurzen, erfrischenden Plantschen in dem hiesigen Brunnen mit Wasserbällen der SPD ging es gut gelaunt auf Tour Richtung Teublitz Wildpark



Höllohe. Im Bus wurde schon ein Fragenzettel ausgeteilt, der nur zu beantworten war, wenn man sich im Wildpark informiert hat. Im Wildpark ist für jeden etwas dabei. Anfangs tobten sich die Kinder am dem wunderschönen schattigen Waldspielplatz aus.



Um 15:00 Uhr gab es dann die Begegnung mit dem „Papst“. „Herr Papst“ ist der Ranger des Wildparks Höllohe und hat eine super interessante Führung gestaltet. Er erklärte sehr anschaulich die vielen Besonderheiten der heimischen Tiere. Besonders



Katharina Barley – Spitzenkandidatin der SPD für die EU

Impressum:

Roter Akzent ist die Zeitung des SPD OV Ursensollen

Redaktion:

Norbert Mitlmeier, Norbert Schmid, Michael Rischke, Peter Moschinski Anja Rönnebeck

Bilder:

Anja Rönnebeck, Norbert Schmid,

Gestaltung und Layout:

Norbert Mitlmeier,

Druckerei: die printzen

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nur die Meinung des Verfassers wider.

bemerkenswert waren die Aufmerksamkeit aller Kinder und deren interessierte Fragen. Trotz der 36 Grad im Schatten blieben alle Kinder fit und munter. Ein schöner Abschluss war für die Kinder, Schafe und Ziegen zu füttern und zu streicheln.

Es folgte eine entspannte Rückreise im Bus mit Preisverleihung für die beantworteten Fragen. Es gab nur Sieger und es war ein super schönes Event mit Ursensollener Kindern.

Anja Rönnebeck

Radweg zwischen Ursensollen und Allersburg

Landkreis ist am Zug – Grundstücksverhandlungen beginnen

Die **SPD Ursensollen** und die SPD in Hohenburg stellten bereits 2009 gemeinsam abgestimmte Anträge im jeweiligen Gemeinderat um die Lücke des Radwegenetzes zwischen der Gemeinde Ursensollen und Allersburg zu schließen. Die beiden Anträge wurden in den jeweiligen Gemeinderäten damals auch positiv beschieden und an den Landkreis weitergeleitet. Dass unsere Gemeinde seit der letzten Periode mit vier Kreisräten aus den Fraktionen der örtlichen CSU, FW und SPD im Kreistag vertreten ist, dürfte eine nicht unwesentliche Rolle gespielt ha-

ben, dieses Projekt jetzt als Vorhaben des Landkreises aufzugreifen und hierfür Mittel einzustellen. Es zeigt sich, was möglich ist, wenn die Gemeinde Ursensollen auch im Kreistag stark vertreten ist. Da vom Landkreis finanzielle Mittel für den Radweg eingestellt wurden, konnten auch die ersten Planungen dazu angegangen werden. Das Thema Radweg wurde im September 2018 vom Ingenieurbüro UTA im Gemeinderat Ursensollen vorgestellt. Für unseren Ortsverein und die beiden Gemeinden Hohenburg und Ursensollen ist es ein Erfolg, dass dieses Thema so weit fortgeschritten ist. Die Grundstücksverhandlungen des Landkreises mit den Landwirten entscheiden über die Realisierung dieses Jahrhundertprojektes.

Norbert Mitlmeier

Klausurtagung des Gemeinderates wieder ein voller Erfolg

Der Gemeinderat verbrachte wieder mehrere Tage in Klausur. Dieses Mal im Kloster Kostenz im Bayerischen Wald, um sich ein Wochenende mit der Zukunft der Gemeinde auseinanderzusetzen. Ein weitreichende Entscheidung konnte über die Fraktionen hinweg auf den Wege gebracht werden. Die **Erweiterung des Kindergartens** und der Bau einer Kita mit zukünftigem Standort

bei der Grundschule stellte sich unter mehreren Varianten als die bestmögliche Lösung heraus. Dies wurde auch im Gemeinderat in der darauffolgenden Sitzung so beschlossen.

Ein weiteres großes Thema auf der Klausur war die Thematik **Seniorenwohnen**. Man war sich einig, dass hier ein erneuter Versuch gestartet werden sollte, um das Thema betreutes Wohnen und Pflege voranzubringen. Hierzu wurden vom Architekten Maier erste Entwürfe vorgestellt. Für die SPD ist es erfreulich, dass in absehbarer Zukunft von der Kita, über Kindergarten, Schule und Seniorenwohnen alle Generationen optimal versorgt werden können. Bei der Thematik **Mobilfunk** gingen die Meinungen auseinander. Um die Gemeinde mit einer vollständigen Netzabdeckung zu versorgen, müssten im Gemeindegebiet noch weitere Mobilfunkmasten aufgestellt werden. Es gibt in der Bevölkerung sowohl Befürworter als auch Gegner für weitere erforderliche Mobilfunkmasten. Diese unterschiedliche Meinung zeigte sich auch in der Diskussion der Gemeinderäte. Einigkeit bestand wiederum beim Thema **Vereins- und Jugendförderung**. Hier wolle man mehr tun. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurden die Fördersätze entsprechend angepasst. Dass die Klausurtagung vom 1. bis 3 Februar wieder erfolgreich verlief, war der Moderation durch Frau Utz und der guten Vorbereitung der Themen durch die Verwaltung und Referenten zu verdanken.

Norbert Mitlmeier



Franz Schindler hält leidenschaftliche Rede Flammende Fürsprache für Europa

Der politische Aschermittwoch 2019 war wieder einmal sehr gut besucht. Neben vielen politisch interessierten Gästen war auch eine Reihe von Lokal- und Regionalpolitikern anwesend. Als Hauptredner war der SPD-Bezirksvorsitzende und ehemalige Landtagsabgeordnete Franz Schindler zu Gast. Von Beginn seiner fast 90-minütigen Rede an war klar, dass hier ein äußerst engagierter und tief in der SPD verwurzelter Sozialdemokrat am Rednerpult steht. Franz Schindler richtete den Blick auf die Historie der Sozialdemokratie wie auch die jüngste Veränderung der politischen Landschaft in Bayern sowie Deutschland und Europa. Schindler prangerte die Politik der Populisten an, die auf schwierige politische Fragen sofort einfache Antworten fänden und gleich dazu auch noch die (scheinbar) Schuldigen benennen würden. Diese Politik der AFD dürfe man nicht durchgehen lassen. Franz Schindler zog in seiner Rede den Vergleich zur Weimarer Republik, wo die demokratischen Parteien sich damals nicht einig waren und viel zu spät gemeinsam gegen die Nationalsozialisten vorgegangen sind. Alleine die SPD habe sich damals immer dagegen gestemmt. Dieser Vorgang, dass demokratische Parteien nicht gemeinsam und energisch gegen Populisten angehen, dürfe sich nie wiederholen. Bei diesen Worten war es still im Raum, und man merkte den Anwesenden ihre Nachdenklichkeit an. In Europa, so Schindler, seien überall Tendenzen für einen Ruck nach Rechts feststellbar. Nie, das lehre die Geschichte, habe der Bür-

ger von diesen Entwicklungen profitiert. Europa garantiere unseren Wohlstand. In einem Deutschland, das weltpolitisch eigenständig agiere, so wie die AFD das anstrebe, sei dieser Wohlstand stark gefährdet. Was



könne Deutschland ohne die EU alleine gegen China, Amerika, Kanada etc. bewirken? Deutschland wäre ohne Einbindung in die EU, weltpolitisch betrachtet, ohne bedeutenden Einfluss. Die Sozialdemokratie habe sich, so Schindler, in den vergangenen Monaten nach derben Niederlagen, zuletzt in Bayern, wieder auf ihre wahren Ziele besonnen. Ein höherer Mindestlohn, Verbesserungen bei der Rente ohne Bedürftigkeitsprüfung, das gute Kindergartengesetz, sozialer Wohnungsbau und vieles mehr sind auf den Weg gebracht oder in Planung. Alle von der SPD initiierten Punkte seien gut für den „kleinen Mann“. Die Schere zwischen Arm und Reich müsse geschlossen werden. Es müsse das soziale Miteinander wieder in den Vordergrund rücken. Reiche seien nicht unbedingt an einem funktionierenden Staat interessiert, sie bräuchten ihn nicht. Für den Normalbürger sei ein funkti-

onierender Staat jedoch von enormer Wichtigkeit. Von der inneren Sicherheit über die Ausbildung bis zur Infrastruktur beeinflusse alles das tägliche Leben. Diese staatlichen Leistungen dürften nicht verschlechtert werden, sie müssten weiter verbessert werden, so Schindler. Normalbürger hätten keine Privatpolizei, keine Privatschulen für ihre Kinder und keine Hallenbäder in ihren Häusern. Sie fahren mit Bus oder Auto zur Arbeit und fliegen nicht mit dem Helikopter wie manche Manager. Deshalb sei es Quatsch, weiter von einer erforderlichen Deregulierung der Märkte zu sprechen. Dies nütze nur den Reichen. Ein Steuersatz von 5% für Google, Facebook, Amazon, etc. sei ebenfalls eine Schande. Schindler ging auch auf die zukünftigen Veränderungen ein. Digitalisierung und künstliche Intelligenz müssen in Verbindung mit guten Gesetzen für den Menschen eingesetzt werden. Man müsse internationalen Konzernen wie Google, Facebook und Amazon sowie anderen Internetriesen Grenzen aufzeigen. Das Ausspionieren der Bürger müsse unterbleiben. Künstliche Intelligenz könne sinnvoll eingesetzt werden, Gutes bewirken, so Schindler, wenn die Rahmenbedingungen geschaffen würden. Franz Schindler wünschte sich zum Schluss seiner leidenschaftlichen Rede, die die Zuhörer stark berührte, dass der Gedanke „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ wieder mehr Bedeutung in Politik und Gesellschaft bekommen müsse, damit letztere nicht auseinander bricht.

Norbert Mitlmeier

SPD Ursensollen und Seniorennetzwerk organisieren Fahrt nach Weidental

Vier herrliche Tage verlebten die Seniorinnen und Senioren der Gemeinden Ursensollen und Ammerthal in Südtirol. Zum wie-



derholten Male organisierte der SPD Ortsverein in Zusammenarbeit mit dem Seniorennetzwerk eine Fahrt nach Weidental im Pustertal. Schon bei der Hinreise herrschte ausgelassene Stimmung unter den Reisenden, als nach halber Strecke ein reichhaltiges Frühstücksbüffet bereit-

stellt wurde. Am frühen Nachmittag wurde die Pension Moarhof in Weidental in Beschlag genommen. Nach einem Begrüßungstrunk und der Zimmerverteilung konnten die Urlauber bei angenehmen Temperaturen kleine Wanderungen oder Spaziergänge in der näheren Umgebung unternehmen. Am zweiten Tag stand ein Ausflug nach Bozen auf dem Programm. Mit der Seilbahn ging es zunächst nach Oberbozen, von wo aus die Reisegruppe mit dem „Rittner Bahn“ nach Klobenstein am Fuße des Rittner Horns gebracht wurde. Bei strahlendem Sonnenschein konnte man die Bergespracht der Dolomiten erleben. Ziel des dritten Tages war das Grödner Tal mit seinem Hauptort St. Ulrich, der für seine Holzschnitzer be-

kannt ist, und der malerische hochgelegene Ort Kastelruth. Am Rückweg zum Quartier wurde noch ein Zwischenstopp im Kloster Neustift eingelegt, wo an diesem Tag ein Handwerkermarkt abgehalten wurde. Auch ein Gläschen Wein sollte probiert werden, schließlich zählt Kloster Neustift zu den bedeutendsten Weingütern Südtirols. Nach drei kurzweiligen Tagen wurde die Heimreise angetreten, wobei auf halber Strecke die Organisatoren mit einer Schifffahrt auf dem Chiemsee noch ein Highlight eingeplant hatten. Ziel war die Fraueninsel mit ihrem berühmten Benediktinerkloster sowie den traditionellen Töpfereien und Fische-reibetrieben.

Norbert Schmid



Ursensollen wird e-mobil

Um auch bei der E-Mobilität ein Zeichen zu setzen und gleichzeitig die Förderung der Nachbarschaftshilfe, des Seniorennetzwerkes und der Vereine zu verbessern, hat die SPD Ursensollen im November 2017 die Anschaffung eines Elektrofahrzeuges beantragt.

Der Gemeinderat stimmte dem Antrag der SPD zur Anschaffung eines Elektrofahrzeuges mehrheitlich zu. Die Energiebeauftragten, der Bürgermeister und die Verwaltung wurden beauftragt, ein geeignetes Fahrzeug auszuwählen. Die Energiebeauftragten, der Bürgermeister und Verwaltung trafen sich 2018 in zwei Runden,

a) um die Kriterien für das Fahrzeug festzulegen und

b) daraus resultierend das für die Gemeinde am besten geeignete Fahrzeug auszuwählen.

Die Kriterien waren, dass das Fahrzeug mindestens 200 km Reichweite haben muss, von jeder-Mann/Frau leicht zu fahren sein soll, dass mindestens 5 bequeme Sitzplätze (für Senioren geeignet) gegeben sein müssen und der Leasingzeitraum auf einen Zeitraum von 3 Jahren für den Preisvergleich begrenzt wird. Bei den in die engere Wahl gezogenen E-Autos (VW-Golf, Nissan-Leaf und Nissan E-NV200) machte der E-Golf das Rennen. Seit Ende Januar 2019 ist die Gemeinde Ursensollen auch bei der E-Mobilität vorne mit dabei.

Energiebeauftragter / Norbert Mitlmeier